

Abwärtsspirale der Dumpingpreise

Die Kontrollen gegen Sozialbetrug am Bau wurden verschärft, trotzdem ist der Dumpingpreisdruck auf österreichische Unternehmen im vergangenen Jahr erheblich gestiegen. Richard Bayer, Vorstand des Güteschutzverbands (GSV), übt heftige Kritik am Direktvergabesystem an ausländische Subunternehmer und fordert ein Umdenken bei der Politik und der Bauwirtschaft.



Foto: Scheurich

GSV-Vorstand Richard Bayer fordert mehr Solidarität mit österreichischen Subunternehmern, die sich um heimische Wertschöpfung bemühen.

Als langjähriger Geschäftsführer der Firma Best (Baueisen- und Stahlbearbeitungsgesellschaft m.b.H.) hat Richard Bayer bereits ausreichend Erfahrung mit Preisdumping machen können. Beginnend mit der Jugoslawienkrise, als sehr billige Arbeiter ohne Arbeitsgenehmigung auf österreichischen Baustellen die Preise drückten, bis zur Betrugselle durch Subunternehmer, die sich nach wenigen Monaten ohne Bezahlung der Arbeiter in Luft auflösten. „Schon damals waren mehrere Jahre Überzeugungsarbeit bei Baufirmen und bei Behörden notwendig, um die Situation zu verbessern“, erinnert sich Bayer.

Einen so gravierenden Einbruch der Preise wie seit Mai 2011 – dem Fall der EU-Beschränkungen für ausländische Beschäftigte am Bau – hat man in der Branche aber noch nicht erlebt.

Die Firma Best hat sich in den vergangenen 40 Jahren als Gesamtanbieter bei Betonstahlverarbeitung einen Namen gemacht. Vor allem im Bereich der Vorfertigung zählt man zu den drei größten österreichischen Unternehmen, zu den Referenzen gehört die Einhausung der A7 Bindermühl Linz, die A23-Überplattung Wien, Elementsysteme für den Tunnel Brixlegg oder die Pfahlbewehrung im Lainzer Tunnel. Neben dem merklichen Rückgang öffentlicher Aufträge im Infrastrukturbau macht der Branche vor allem die Abwärtsspirale der Preise zu schaffen. Richard Bayer: „Innerhalb eines Jahres sind die Preise für Großaufträge um ca. 25 Prozent zurückgegangen.“

Hauptgrund seien immense Differenzen zu Nachbarstaaten bei der Arbeitsgesetzgebung – vor allem bei den Lohnnebenkosten. „Auch wenn ein bei einem

ausländischen Subunternehmer beschäftigter Arbeiter seine kollektivvertraglichen 11,70 Euro erhält, ist das noch lange keine Wettbewerbsgleichheit.“ Schließlich zahle die Subfirma daheim nur 30 Prozent Lohnnebenkosten, während diese sich in Österreich auf 110 Prozent summierten. Bayer: „Das ist dann auch offiziell legal – daher nützen auch die derzeit vorgenommenen Kontrollen wenig.“

Dumpingpreis gleich Einheitspreis?

In die Kalkulation der Baufirmen für das nächste Projekt fließe der letzte Dumpingpreis dann als prognostizierter Einheitspreis ein. Es bliebe also im Auftragsfall nichts anderes übrig, als wiederum einen Dumpingpreisanbieter zu suchen, um Deckung zu finden. Ein prominentes Beispiel liefert das Wiener Krankenhaus Nord, bei dem der Kranken-

anstaltenverbund sich kurzfristig für eine günstigere Direktvergabe entschieden hat, weil dadurch die Haftung durch einen möglichen Generalunternehmer entfällt (s. Kasten). „Bei den dort kolportierten Summen sind sogar die angesprochenen Lohnnebenkosten aus dem Ausland nicht drin“, wundert sich Bayer.

Die Grundsätze, denen sich die Mitglieder des GSV verschrieben hätten – Materialprüfung, Verwendung von OIB-zertifiziertem Stahl, qualifizierte Mitarbeiter, genaue Vorfertigung und Haftung für Standfestigkeit –, sowie die Partnerschaft mit der österreichischen Bauindustrie und dem Baugewerbe würden immer mehr verlassen. Außerdem verweist Bayer auf die Risiken für Auftraggeber, viele seien sich der Tücken der herrschenden Vorschriften und Gesetze nicht voll bewusst. „Die Folgen sind doppelt fatal. Dem Staat wird die Wertschöpfung der Löhne ins Ausland verschleppt. Die österreichischen Arbeitskräfte werden früher als sonst arbeitslos und beziehen ab dann Arbeitslosengeld.“

Folgeschäden

Fragwürdige Billigstbieter arbeiten laut Bayer mit zahlreichen Tricks zur Materialeinsparung – bei Best würden dagegen die Elemente nach Modul millimetergenau geschweißt, was auch die Abnahme deutlich vereinfache. Als extremen Fall von übersehenen Mängeln mit Todesfolge nennt Bayer das abgesackte Kölner Stadtarchiv – „bei der U-Bahn-Schale hat das halbe Eisen gefehlt“.

Beispiel Wiener Krankenhaus Nord

Mit den Arbeiten für das neue Krankenhaus Wien-Nord soll im Herbst 2012 begonnen werden. Der KAV fungiert bei dem Projekt nun selbst als Bauherr und vergibt Einzelaufträge. Vom Plan, einen Generalunternehmer zu beauftragen, der das Krankenhaus bauen soll, ist der KAV abgekommen.

„Im Sinne eines gestärkten Wettbewerbs können wir dadurch den besten Preis und die beste Qualität garantieren“, begründete eine Sprecherin. Im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung hat nun Porr den Zuschlag für die Errichtung des Rohbaus erhalten. Das Auftragsvolumen beträgt 98,4 Millionen Euro.

Auch wenn in Österreich glücklicherweise sehr gute Kontrollen stattfinden – mit einem ausführenden Statiker und Prüfbehörden existieren mindestens zwei Instanzen zur Abnahme der Bewehrung –, warnt Bayer vor einer schleichenden Aufweichung der österreichischen Standards. „Je weniger Leistung angeboten wird, umso mehr gewöhnt sich das Auge daran. Als wir etwa gesehen haben, wie in München eine Fertigbewehrung aussieht und wie verlegt wird, konnten wir nicht glauben, dass das vom Prüfstatiker abgenommen wird.“

Neben dem Krankenhaus Nord ist auch die Vergabe zum Koralmtunnel ein Fall, der vom Güteschutzverband aufmerksam verfolgt wird. Die Firma Best hatte sich hier mit ihrem Angebot technisch bis ins letzte Detail vorbereitet – in Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen. Aufgrund des Preisdrucks wurde immer wieder neu verhandelt – schließlich wurde man um einen beträchtlichen Betrag von einer deutschen Firma unterboten, die Bewehrung wird nun in Ungarn gefertigt.

Solidarität ist gefordert

Auch wenn man den entgangenen Auftrag über 40.000 Tonnen bedauert, sieht Bayer die Grenze der zumutbaren Preise als längst unterschritten an: „Für österreichische Firmen lassen sich diese Zahlen aufgrund der höheren Personalkosten bei der Vorfertigung und volatiler Rohstoffpreise nicht mehr wirtschaftlich darstellen.“ Um zumindest ansatzweise wettbewerbsfähig zu sein, least auch Best Subunternehmer, während die Polierpositionen mit Österreichern besetzt bleiben. „Damit kommen wir im Mittellohn in die Nähe dieser Kalkulationen.“

Sollte diese Entwicklung sich ungebremst fortsetzen, befürchtet Bayer weitreichende Konsequenzen: „Die Firmenstrukturen zerfallen komplett – neben einfachen Arbeitern müssen auch leitende Angestellte freigestellt werden.“

Bayer sieht einen Ausweg in der Rückbesinnung auf ein Mindestmaß an Solidarität innerhalb der Bauwirtschaft, „um diesen Teufelskreis zu durchbrechen“. Im Gegenzug müssten aber auch die österreichischen Subunternehmen sich der internationalen Herausforderung stellen: „Der Wettbewerb wird stärker. Das Vertrauen in unsere Leistung müssen wir weiter bestätigen.“

DAVID SCHEURICH

KOMMENTAR



Foto: BMASK

RUDOLF HUNDSTORFER
Sozialminister

Scharfe Kontrollen zeigen Wirkung

Durch diverse Erscheinungsformen des Sozialbetrugs (dubiose Scheinfirmen, Scheinselbstständigkeit oder Scheinentsendungen) entstehen dem Steuerzahler, der Sozialversicherung und dem Insolvenzentgeltfonds jährlich enorme Schäden. Daher habe ich ein Forschungsprojekt zwischen meinem Ressort und der Universität Wien zum Thema „Sozialbetrug“ in Auftrag gegeben. Der Endbericht mit Lösungsansätzen liegt nunmehr vor und zeigt, dass das Bau- und Baunebengewerbe von diesen Praktiken vielfach betroffen ist.

Mit der verpflichtenden Anmeldung zur Sozialversicherung vor Arbeitsbeginn und der Auftraggeberhaftung wurden bereits wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialbetrug gesetzt.

Ein wesentlicher Schritt zur Einhaltung des österreichischen Lohnniveaus und damit der gleichen Lohnbedingungen für alle in Österreich tätigen Arbeitnehmer wurde aber mit dem am 1. 5. 2011 in Kraft getretenen Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz gesetzt. Damit ist es erstmalig möglich, Löhne zu kontrollieren und Unterentlohnungen zu sanktionieren. Davor konnten Arbeitnehmer ihre Entgeltansprüche nur beim Arbeits- und Sozialgericht einklagen.

Das LSDB-G ist ein gutes und dringend notwendiges Instrument, das gerade im Baubereich sehr hilft. Nichtsdestoweniger sind weitere Maßnahmen zu setzen, um eine Effizienz- und Effektivitätssteigerung zur Vermeidung von Lohndumping und Sozialbetrug zu erreichen. Daher ist nicht nur die Evaluierung des LSDB-G im Jahr 2013 vorgesehen, auch die gemeinsame Initiative mit dem Innenministerium zur Bekämpfung des Sozialbetrugs wird fortgesetzt. Je fairer der Wettbewerb ist, umso eher erfüllen wir die Voraussetzungen für einen gut funktionierenden Arbeitsmarkt und die damit verbundene Finanzierung unseres Sozialstaats.